

Ginsheim-Gustavsburg braucht DIE LINKE

Wir haben uns bei zwei Ortsbegehungen in Ginsheim und Gustavsburg mit den schönen wie den weniger schönen Seiten unserer Stadt beschäftigt. Dabei haben wir festgestellt:

Ginsheim-Gustavsburg braucht DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung.

Es gibt viel zu tun. Es fehlen:

- in beiden Stadtteilen kreative Konzepte für moderne Mobilität
- Kita-Plätze und Erzieher*innen
- Möglichkeiten für Jugendliche zur Freizeitgestaltung
- Räumlichkeiten für Vereine und Gruppen
- praktikable Lösungen für den ruhenden Verkehr am Ginsheimer Altrhein
- bezahlbare Wohnungen - auch für Singles und Senior*innen
- neue Gewerbe- und Industrieansiedlung zur Generierung neuer Arbeitsplätze

DIE LINKE will in der Stadtverordnetenversammlung die soziale Stimme sein. Die Stimme all derjenigen, die sich täglich bemühen ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

DIE LINKE setzt sich insbesondere auch für diejenigen ein, die arbeitslos sind oder aus anderen Gründen Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern bekommen. Ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben liegt uns besonders am Herzen.

DIE LINKE setzt sich für eine ökologische Stadt ein – eine Stadt, die ihren Bürger*innen mehr Grünflächen und Erholungsräume sowie moderne Mobilitätskonzepte bietet.

DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Stadt ein, in der alle Menschen gut und gleichberechtigt zusammenleben können. Ein uneingeschränkter Zugang zu Bildung und Kultur für alle Bürger*innen ist dafür unerlässlich.

Leider sind die hessischen Kommunen und somit auch Gi-Gu noch immer unterfinanziert. Für die vielfältigen ihnen übertragenen und für eine zukunftssichere Entwicklung immens wichtigen Aufgaben erhalten sie nicht annähernd ausreichende Finanzmittel. Da viele Städte und Gemeinden bereits jetzt am Limit operieren und mit den stets steigenden Ausgaben ihren Haushalt überbelasten, müssen auch im Hinblick auf die Finanzierung der hessischen Kommunen dringend Änderungen her.

Ginsheim-Gustavsburg

Linke Forderungen und Ideen zur Kommunalwahl 2021

Arbeitsplätze

Durch massive Änderungen in der Automobilindustrie werden in naher Zukunft zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen – diese Entwicklung wird auch vor Gi-Gu nicht Halt machen. Die Automobilindustrie hat es in der Vergangenheit versäumt, sich auf zukunftssichere und nachhaltige Mobilitätskonzepte einzustellen, die nicht vom motorisierten Individualverkehr abhängen. Um dem Wegfall der Arbeitsplätze entgegenzuwirken, muss die Stadt für nachhaltige und umweltverträgliche Gewerbeansiedlungen sorgen, die sichere Arbeitsplätze bieten.

Kulturförderung

Es ist lobenswert, dass sich zur Unterstützung der kulturellen Arbeit eine Stiftung gegründet hat – die städtische Kulturarbeit kann und darf dies allerdings nicht ersetzen. Es gibt glücklicherweise engagierte Bürger*innen in Ginsheim-Gustavsburg, die tolle Angebote auf die Beine stellen, wie zum Beispiel „Gi-Gu to Go“, „Achterbahn und Achterbähnchen“, „Lichtspielhaus Ginsheim“ oder die „Lese-Eulen Ginsheim-Gustavsburg“. Diese Organisationen benötigen ausreichende finanzielle Hilfen von der Stadt.

Das Kommunale Kino soll neben dem herkömmlichen Kinoprogramm zukünftig auch verstärkt die Möglichkeit bieten, außergewöhnliche oder anspruchsvollere Filme zeigen zu können. Damit soll dazu beigetragen werden, das kulturelle Angebot auch abseits des Mainstreams für die Bürger*innen zu erweitern.

Räumlichkeiten für größere Veranstaltungen sind im Ortsteil Gustavsburg dringend notwendig. Die Vereine benötigen einerseits mehr Platz, um sich zu treffen, andererseits aber auch schlicht und ergreifend Lagerflächen. Dieser Bedarf muss im Konzept eines Neubaus des Bürgerhauses berücksichtigt werden. Das Bürgerhaus muss ein Ort der Begegnung sein, an dem man zwanglos zusammenkommen kann, ohne Vereinsmitglied zu sein, ohne etwas zu konsumieren und ohne Geld ausgeben zu müssen.

Nach der Schließung der städtischen Büchereien stellen die „Lese-Eulen“ die einzige Anlaufstelle für lesebegeisterte Bürger*innen dar. Aus unserer Sicht muss die Stadt Ginsheim-Gustavsburg neben einer stärkeren Unterstützung dieses Engagements aber auch ihrer bildungspolitischen Verantwortung stärker nachkommen und öffentliche Büchereien schaffen.

Jugend

Für die Jugendlichen gibt es vor allem in den Wintermonaten kaum städtische Angebote zur sinnvollen und selbstbestimmten Freizeitgestaltung. Im Sommer treffen sich in der Regel viele Heranwachsende, auch aus umliegenden Städten, am Mainufer, um gemeinsam zu feiern. Durch den hierbei leider allzu oft arglos hinterlassenen Abfall und das Risiko von Badeunfällen ist diese Situation nicht als optimal zu bezeichnen.

Junge Menschen brauchen Freiräume und Möglichkeiten, um ihre Freizeit aktiv und selbstbestimmt gestalten zu können. Gerade in dieser Zeit der Pandemie ist es dringend erforderlich, gemeinsam mit den Jugendlichen Konzepte zur Freizeitgestaltung zu entwickeln. Diese müssen sowohl den Bedürfnissen und Wünschen der betroffenen Altersgruppen gerecht werden, als auch negative Auswirkungen auf die Umwelt und das friedvolle Miteinander in der Stadt ausschließen. Zur Begleitung und Unterstützung dieses Prozesses sollte eine Einbindung fachkundiger Streetworker aktiv angegangen werden.

Kindertagesbetreuung

In Gi-Gu gibt es viel zu wenig Kita-Plätze. Für Kinder unter 3 Jahren einen Kita-Platz zu finden ist nahezu aussichtslos. Das bedeutet leider, dass meist Mütter nur eingeschränkt erwerbstätig sein und ihre beruflichen Ziele oftmals nicht adäquat verfolgen können. Um mehr Kita-Plätze schaffen zu können, ist in erster Linie deutlich mehr Personal erforderlich. Der Ausbau der personellen Ressourcen in diesem Bereich erfordert eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Ohne diese werden auch zukünftig immer mehr Erzieher*innen in umliegende Kommunen abwandern.

Wohnen

Ausgaben für Mieten, Strom und Heizung fressen heute schon einen großen Teil des Einkommens auf, was zu erheblichen finanziellen Einschränkungen führt. Um den Bürger*innen größere finanzielle Spielräume für Familie und Freizeit zu ermöglichen, sollten diese Ausgaben auf max. 30 % begrenzt werden. Hier ist die Stadt gefordert, bezahlbaren, aber auch energetisch gut ausgestatteten Wohnraum bereitzustellen.

Auch wenn durch die Wohnungsbaugenossenschaft und die KWG öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen wurde und wird, gibt es immer noch eine lange Warteliste für Wohnungssuchende bei der Stadt. Alle Wohngebiete, die neu ausgewiesen werden, müssen einen hohen Teil von öffentlich gefördertem Wohnraum aufweisen (mindestens 40 %). Auf dem bisherigen Gelände des Bürgerhauses sollen entsprechend dieser Vorgabe sozialverträgliche Wohnungen errichtet werden. Die Stadt muss ein Konzept entwickeln, wie mehr bezahlbarer Wohnraum auch durch Lückenschlüsse, Nutzung von vorhandenem Wohnraum und den Wiederankauf von Belegungsrechten geschaffen werden kann.

Die Wohnungsvergabe muss transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Es darf kein Grund und Boden an private Unternehmen verkauft werden. Die Stadt muss Gelände für Wohnbebauung selbst erwerben, um Spekulationen mit Grundstücken weitestgehend zu verhindern.

Es ist dringend erforderlich, ein Konzept zur Verhinderung von Obdachlosigkeit zu entwickeln. Es ist im Jahr 2021 nicht mehr hinnehmbar und mit dem sozialen und solidarischen Gedanken nicht vereinbar, dass Mitmenschen ohne Obdach sind. Dafür ist es

notwendig, dass sich die Stadt an der Wohnungssicherungsstelle des Kreises beteiligt. Bei drohendem Wohnungsverlust muss proaktiv eingegriffen werden, um diesen zu verhindern. Unterkünfte für Obdachlose sind menschenwürdig auszustatten. Dazu gehört auch, dass betroffenen Familien oder Einzelpersonen jeweils abgeschlossene Wohneinheiten und keine Sammelunterkünfte bereitgestellt werden – dies nicht nur während der Corona-Pandemie.

Geflüchtete Mitmenschen sollen auch weiterhin dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Dieses Konzept hat sich besonders bewährt, da so die Einbindung in die Gesellschaft erleichtert wird.

Lebensqualität in der Stadt

Eine Stadt ist dann lebenswert, wenn Kinder auf den Plätzen spielen, Menschen aller Altersgruppen sich auf der Straße oder im Park begegnen, sich treffen und unterhalten, gemeinsam feiern und ihre Freizeit gestalten und stets respektvoll miteinander umgehen.

In beiden Ortsteilen sollen Plätze und Straßen überprüft werden, inwiefern sie begrünt und verkehrsberuhigt werden können. Tempo 30 sollte überall gelten, wo möglich. Außerdem sollte das „Urban Gardening“ (Öffentliches Gärtnern) weiter ausgebaut und gefördert werden.

Der demographische Wandel muss zielgerichtet begleitet und gestaltet werden. Hierzu gilt es jetzt die Weichen zu stellen für Barrierefreiheit, eine gute Erreichbarkeit von Ärzten und Geschäften. Aber auch ein Angebot an betreutem Wohnen gehört dazu. Dieses vielleicht sogar über speziell geförderte Wohneinheiten, in denen generationenübergreifende Hilfe angeboten wird.

Um GiGu zukunftssicher aufzustellen, muss auch der Breitbandausbau sowie die 5G Versorgung flächendeckend hergestellt werden. Zum einen um den Wirtschaftsstandort interessant zu halten zum anderen aber auch um den steigenden privaten Bedarf an schnellem Internet zu gewährleisten.

Bei den Beratungen über den Neubau des Bürgerhauses Gustavsburg hat sich die Beteiligung der Bürger*innen als wichtiger Schritt erwiesen. Die Bürger*innen in Entscheidungen stärker einzubinden und ihnen somit die Möglichkeit zu geben, aktiv die Belange ihrer Stadt mit zu beeinflussen wird von uns ausdrücklich gefordert und unterstützt.

Verkehr

Die Unterführung der Bahnlinie in Gustavsburg darf nicht für LKW geöffnet werden, um die Lärm- und Schadstoffemissionen im Ort nicht noch weiter zu erhöhen. Die derzeitige Lösung, den Schwerlastverkehr durch das Gewerbegebiet umzuleiten, hat sich als gute Alternative erwiesen, um Gustavsburg zu entlasten. Das Verkehrsaufkommen muss dringend reduziert werden.

Ginsheim benötigt keine Ortsumgehungsstraße. Eine Ortsentlastung ist nach den aktuell gültigen Zahlen der Verkehrszählung nicht erforderlich, da die Verkehrsströme durch den Ort nachweislich gesunken sind, überwiegend Quell- und Zielverkehr sind, und voraussichtlich auch in Zukunft kaum eine Steigerung zu erwarten ist. Zudem würde eine Ortsentlastungsstraße - wie geplant - nur den alten Ortskern Ginsheims entlasten, dafür aber durch

hinzugezogenen Verkehr aus Bauschheim und Astheim die nördlich weiterführende Rheinstraße mit deutlich mehr Verkehr belasten. Auch die Versiegelung von mehreren Hektar Acker- und Grünflächen ist gerade in Zeiten des Klimawandels nicht sinnvoll und verursacht weiteren CO₂ und Stickoxid Ausstoß. Die jetzige Verkehrssituation in Ginsheim ist eher durch ein sinnvolles Verkehrs- und Parkraumkonzept zu lösen.

Für ganz GiGu soll zudem ein ganzheitliches, klimafreundliches Verkehrskonzept entwickelt werden, das vor allem die E-Mobilität, das Fahrradfahren und die Fußgänger unterstützt. Auch der Lärmschutz ist hier zu beachten.

Die Anzahl der Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen muss dauerhaft reduziert werden. Wir brauchen ein echtes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Die Kurzstreckenflüge sollen auf die Bahn umgeleitet werden.

ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr muss eine reale, kostengünstige Alternative für den motorisierten Verkehr werden. Dazu ist eine direkte Verbindung der beiden Stadtteile untereinander und eine bessere Anbindung an Rüsselsheim und andere Orte im Kreis Groß-Gerau notwendig. Die Anbindung des Einkaufszentrums Weiherfeld an die Ortskerne muss erfolgen.

Die Fahrpreise sind zurzeit zu hoch, die Verbindungen dauern stellenweise zu lang. Perspektivisch brauchen wir einen Nulltarif im ÖPNV mindestens für Ginsheim-Gustavsburg und den Kreis Groß-Gerau. Ein erster Schritt ist die Einführung eines sehr günstigen Tickets für Grundsicherungsempfänger*innen.

Altrheinufer

Die derzeitige Situation am Altrheinufer ist nicht durchdacht. Wie bereits vorhersehbar, nimmt der Autoverkehr am Wochenende durch die Schließung der Parkflächen am Altrheinufer nicht ab. Stattdessen belegen die Besucher in der näheren Umgebung die vorhandenen Parkplätze in den Seitenstraßen, auf den Parkflächen der Volksbank oder auf dem Rathausparkplatz. Das bedeutet für alle Ginsheimer Anwohner im Ortskern verstärkten Verkehr, aber auch verstärkten Parkplatzmangel in den Seitenstraßen.

Da auch das Parkplatz-Leitsystem im Anfangsbereich der Rheinstraße nicht zur Beruhigung des Verkehrs beiträgt (manche Hinweisschilder sind viel zu weit vom Altrheinufer entfernt, um überhaupt wahr genommen zu werden), bedeutet das im Endeffekt, dass die „Rückkehrer“ im Altrheinbereich und die „Wendemanöver“ am Fährenufer deutlich zunehmen.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen stellen keine befriedigende Lösung dar. Die Stadt muss schnellstmöglich ein Grundstück in der Nähe des Altrheinufers als Parkfläche ausweisen, da nicht damit zu rechnen ist, dass die Anzahl der Fahrzeuge dort in absehbarer Zeit abnehmen wird. Dies auch vor dem Hintergrund, dass zusätzliche Gastronomie-Betriebe am Altrheinufer genehmigt wurden.

Eine sinnvolle Lösung ist nur dann erreichbar, wenn sowohl ausreichend Parkmöglichkeiten in einer fußläufig gut zu erreichenden Entfernung zur Verfügung stehen als auch ausreichend Stellplätze für Anwohner (an der Kirche z. B.) freigehalten werden.

Ehrenamt

GiGu ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, und das liegt hauptsächlich an dem großen ehrenamtlichen Engagement seiner Bürger*innen. Sie sorgen für vielseitige soziale, aktive und kulturelle Angebote.

Die Förderung des Ehrenamtes ist in unserer Gesellschaft von enormer Wichtigkeit. Gerade in den letzten Jahren zeigte sich, welche Bedeutung die freiwillig erbrachten Leistungen für unser soziales Miteinander haben: In Vereinen und Verbänden, in der Feuerwehr, in der Kultur oder in sozialen Organisationen wie z.B. TAFEL, Basis e.V., Caritas, Hospiz und vielen anderen. Ohne diesen unermüdlichen Einsatz von vielen Freiwilligen, würde das soziale System in Deutschland versagen.

Für GiGu ist insbesondere die Stärkung der Feuerwehr von großer Bedeutung. Hier sollten spezielle Anreize, wie z.B. Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Bereitstellung von Parkplätzen bei Dienstbereitschaft geschaffen werden, um unsere Feuerwehren personell zu stabilisieren.

Darüber hinaus sind auch der Neubau des Gerätehauses in Gustavsburg sowie die technische Ausstattung aktuelle Themen, die dringend angegangen werden müssen.